

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **PostsekretionsNr.** 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonenseite oder deren Raum 1,90 Mk., bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk.; Reklame-Kolonenseite 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Russische Gewerkschaftsdelegierte an der Einreise verhindert.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung des L. V.) Die Freiheit veröffentlicht ein Telegramm, das dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vom Vorstand des Ortsauschusses der Gewerkschaft Hamburg-Altona zugegangen ist: „Delegierten der Allgemeinen russischen Gewerkschaft wird nach uns gewordener Mitteilung die Einreiseerlaubnis in Deutschland teilsweise verweigert. Hiesiger Ortsauschuss verlangt, daß Gewerkschaftsbund aus grundsätzlichen Gründen die Einreiseerlaubnis für alle Delegierten erteilt und ersucht, beim auswärtigen Ministerium sofort entsprechend einzuwirken.“ Die Freiheit bemerkt dazu: Nach einer Nachricht, die uns in später Stunde zugeht, ist den russischen Gewerkschaftsvertretern die Einreiseerlaubnis immer noch nicht erteilt worden. Es wird höchste Zeit, daß das geschieht. Das Auswärtige Amt mag sich sagen lassen, daß die Arbeiterschaft die Einreiseerlaubnis für die Abgesandten der russischen Arbeiter fordert.

Wie unser Berliner Korrespondent zu der Angelegenheit an zuständiger Stelle feststellen konnte, ist ein Teil der Delegierten bereits in Deutschland eingetroffen. Die Vertreter der russischen Gewerkschaften machen einen Gegenbesuch gegenüber dem von den deutschen Gewerkschaftsvertretern vor kurzer Zeit in Russland gemachten Besuch. Als damals über die Einreiseerlaubnis der deutschen Gewerkschaftsvertreter in Russland verhandelt worden ist, hat man von russischer Seite die Einreiseerlaubnis für drei russische Gewerkschaftsvertreter zur Bedingung gemacht. Diese Einreiseerlaubnis ist ohne weiteres erteilt worden. Als dann aber die Delegierten der russischen Gewerkschaften nicht die Einreiseerlaubnis nach England erhielten, wandte sich plötzlich die ganze, aus 14 Vertretern bestehende Delegation nach Deutschland. Das Auswärtige Amt hat auf Anfrage von Norwegen her, wo die Delegation damals weilte, erklärt, daß es die Einreiseerlaubnis nicht erteilen könne, zumal ein offizieller Antrag der russischen Sowjetregierung und auch ein Antrag des Berliner Vertreters, W. Ropp, nicht vorläge. Die Delegation ist trotzdem nach Deutschland abgereist und kann nun dort das Schiff nicht verlassen. Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, daß, bevor ein offizieller Antrag der russischen Regierung oder ihrer Berliner Vertretung nicht vorliegt, es zu weiteren Schritten und zur Erteilung der Einreiseerlaubnis nicht berechtigt ist, da die russische Regierung die Verantwortung für die Tätigkeit der russischen Gewerkschaftsdelegierten in Deutschland übernehmen muß.

Dieses ängstliche Anklammern an Formalitäten sieht ganz danach aus, als suche man im Auswärtigen Amt nach Gründen, um den Delegierten der russischen Gewerkschaften, die man offenbar als unwillkommene Gäste betrachtet, die Einreiseerlaubnis zu verweigern. Es muß deshalb dem Auswärtigen Amt klar gemacht werden, daß die Arbeiterschaft für die bureaukratischen Mäßen kein Verständnis hat, daß sie vielmehr unbedingt die Erlaubnis zur Einreise für die Abgesandten ihrer russischen Klassenangehörigen verlangt.

Der Kampf in Italien.

Neue Verhandlungen mit den Industriellen.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Dem Berliner Tageblatt wird aus Mailand gemeldet: Die Verhandlung zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Vertretern der Gewerkschaften sind wieder aufgenommen worden. Der Vertreter der Gewerkschaften, d'Arzogna, erklärte zu Beginn der Verhandlungen, der Metallarbeiterkonflikt könne nicht durch eine bloße Lohnerhöhung beigelegt werden. Eine Lösung sei jedoch möglich, wenn der Arbeiterklasse gewisse Kontrollrechte über die Fabrik gewährt würden. Der Vertreter der Unternehmer, Senator Conti, erklärte, er könne hierüber keine näheren Angaben machen, bevor er mit dem Vorstand der Industriellen Rücksprache genommen habe. Zu diesem Zwecke traten am Montag Vertreter der verschiedenen lombardischen Industrien in Mailand zur Beratung zusammen. — In Turin hat sich die Besetzung der Fabriken durch Arbeiter weiter ausgedehnt. Neu besetzt wurden die Woll- und Baumwollfabriken, sowie einige Seifenfabriken. Die Arbeiterschaft einiger Fabriken hat die Kassenschranke geöffnet, um dadurch Gelegenheit zur Zahlung der Arbeitslöhne zu schaffen. Der Erfolg war aber sehr gering, da die größeren Summen die Unternehmer in Sicherheit gebracht hatten. Die Arbeiterschaft organisiert nun den Verkauf der Industrieprodukte. Aber auch dadurch kann der wachsende Geldnot der Metallarbeiter nicht abgeholfen werden.

Die Industriellen für den Kampf bis zum äußersten.

Zürich, 14. September. (T.M.) In einer Unterredung mit führenden Mailänder Metallindustriellen wurde dem dortigen Vertreter der Neuen Zürcher Zeitung versichert, daß von einem Kompromiß mit der Arbeiterschaft auf Grund der neuformulierten Forderungen nicht die Rede sein könne. Die Metallindustriellen betrachten ihre Stellungnahme als ein Volkswort des Eigentumsrechtes, dessen Verteidigung bis zum äußersten ihnen schon durch die untätige Haltung der Regierung zur Pflicht gemacht wurde. Inmitten geht die Industriellen die Hoffnung auf eine gütliche Einigung nicht auf. Die Forderung der Produktionskontrolle werde zwar abgelehnt, aber es scheint, daß die Auslegung dieses Begriffes durch die Arbeiterschaft entscheiden wird, ob man in Unterhandlungen darüber eintreten will.

Paris, 14. September. Nach einer Radio-Meldung aus Rom haben 3000 Mailänder Industrielle eine Tagesordnung angenommen, in der sie anfordern, die Bedingungen des Arbeitsverbandes abzuschneiden und den Kampf bis zum äußersten zu führen.

Marinetruppen für Genua.

Rom, 14. September. Epoca meldet, daß ein Kriegsschiff in Begleitung mehrerer Torpedoboote mit Landungstruppen an Bord im Hafen von Genua eingetroffen ist.

Kommunistenverfolgung in Bayern.

München, 13. September. Der kommunistische Abgeordnete Eisenberger wurde heute auf dem Ostbahnhof beim Eintreffen aus Trostberg, wo er in einer kommunistischen Versammlung „Schreden“ gehalten hatte, wegen Ausreizung zum Klassenkampf verhaftet.

München, 15. September. Vor dem Volksgericht wurde gestern wiederum ein Hochverratsprozeß verhandelt. Angeklagt war der 18jährige (!) Kommunist Deterbeck, bei dem vor kurzem eine Liste mit Namen von Mitgliedern der Sicherheitswehr, der Einwohnerwehr und der Reichswehr, von denen einzelne durch ein Kreuz gekennzeichnet waren, um bei einem neuen Umputsch verhaftet zu werden, gefunden worden war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten über den Antrag des Staatsanwalts hinaus zu 1½ Jahren Zuchthaus.

Verbotene Versammlung des Republikanischen Führerbundes.

München, 14. September. Der Staatskommissar hat die für morgen angeordnete öffentliche Versammlung des Republikanischen Führerbundes aus „Gründen der öffentlichen Sicherheit“ verboten. Eine Versammlung des Republikanischen Führerbundes gefährdet die öffentliche Sicherheit in Bayern, die Treibereien der Orgesch-Banden schaden ihr aber nichts!

Der Parteitag der Rechtssozialisten.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung des L. V.) Der Vorwärts veröffentlicht Mitteilungen über den nächsten Parteitag der S. P. D., der am Sonntag, dem 16. Oktober, in der Stadthalle in Kassel beginnt. Als endgültige Tagesordnung ist festgelegt:

1. Bericht des Parteivorstandes.
a) Allgemeines. Referent: Weis.
b) Organisation und Kasse. Referent: Barthel.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Hilbrandt.
4. Bericht über den Internationalen Sozialistenkongress in Genf. Referent: Meerfeld-Halle.
5. Die Wohnungsfrage. Referenten voraussichtlich Paul Hirsch und Engler.
6. Das Parteiprogramm. Referent Dr. Ad. Braun.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Orts, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Am 9. Oktober findet in der Stadthalle in Kassel eine Reichsfrauenkonferenz statt mit der vorläufigen Tagesordnung:

1. Die propagandistische und die organisatorische Wirksamkeit der Frau in der Partei. Referenten Frau Wülfel und Köhl.
2. Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt. Referenten Frau Blos und Frau Caspari.

Die schwedischen Reichstagswahlen.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben bei den Reichstagswahlen die Konservativen 17 Mandate erhalten (6 gewonnen und 1 verloren). Die zwei Bauernorganisationen haben acht Mandate erhalten (2 gewonnen). Die Liberalen haben 12 Mandate erhalten (2 gewonnen und 2 verloren). Die Sozialdemokraten haben 27 Siege bejagt und 5 verloren.

Der Syndikalismus als Tat.

In Italien erlebte der Zustand der Industriearbeiter seinen Ab- und Grabesang. Bereits am Sonnabend wußte ein römisches Telegramm der Frankfurter Zeitung zu melden, daß die Einigung zwischen den Fabrikanten und den Ausländischen unmittelbar bevorstehe. In der Lohnfrage für die Metallarbeiter sei eine Verständigungsmöglichkeit mit den Industriellen hergestellt; Schwierigkeiten mache nur noch die Festlegung des Modus, wie die besetzten Fabriken wieder zu räumen seien und also allzu unbedingte Bedingungen für die Arbeiter vermeiden würden. Das syndikalistische Großexperiment des italienischen Industrieproletariats hätte damit mit einem Resultat geendet, das gewiß ohne das Aufgebot der ganzen extremen syndikalistischen Idee, durch die alten und bewährten Methoden des Arbeiterkampfes, durch gewerkschaftlichen Druck und Streiksolidarität genau so gut zu erreichen gewesen wäre. Das Mäusen eines besseren Tarifs hätte am Ende der kretschende syndikalistische und anarchistische Berg geboren und Krapotkin fände den Extrakt seines antimarxistischen Evangeliums auf die dünne Lauge eines höheren Stundenlohnes reduziert vor. Sapient! fat — Für den, der lernen kann und will, wahrhaftig genug!

Die italienischen Metallarbeiter standen am Ende vorigen Monats in einer Lohnbewegung. Italien, der ärmste der „Sieger“ von Versailles, das als kohlen- und rostoffarmes Land ungeheuerliche Tribute an seine Bundesgenossen gezahlt hat, und das zwar mit einigen bunten Federn und Lappen für die nationalistische Schmierensbilanz der d'Annuncios und anderer Kreditarschreiber, sonst aber krank am Herzen und noch kränker am Beutel aus der großen Raubtierfütterung in Versailles und St. Germain zurückgeführt ist — dieses Italien nach 1918 wird von Teuerung, Wucher, Produktionskrise, Hungerrevolten nicht weniger geschüttelt als das besetzte Mitteleuropa. Die Lohnbewegung der Metallarbeiter war zunächst nur eine kleine Szene aus diesem Drama des schließenden Staats, Finanz- und Wirtschaftsbankrotts. Aber die italienischen Metallarbeiter gehören auch zu jener Proletarierschicht der romanischen Länder, in der die syndikalistischen Ideen sich noch die meisten offenen und versteckten Anhänger bewahrt haben. Die Aufklärungsarbeit des modernen Marxismus hat zwar auch hier gerade in den letzten Jahrzehnten schrittweise Terrain erobert. Propagandaerfolge! Ganz Bestimmungs- und Herzengsache ist der Sozialismus selbst heute noch nicht in diesen Wägen des Syndikalismus geworden. Mit vulkanischer Kraft schossen nun in der Bewegung, selbst die die Frage nach dem bestmöglichen Kampf stellte, alle jene zum großen Teil noch im Unterbewußtsein der Arbeiterschaft lebenden syndikalistischen und anarchistischen Ideen in die Höhe. Keine Politik! Der Staat geht uns nichts an! Die Fabrik den Arbeitern! Man sieh Giolitti Giolitti sein. Am den Monte Citorio, seine Parlamentsmaschinerie, seine Staatskassen, seine Gendarmenkleidung kümmerte man sich weniger als um die Delbaumhaine des Vatikans. Man trieb die Fabrikanten aus den Kontoren, besetzte die Fabriken, bettelte die Ingenieure, die man zunächst mit den Besitzern auf die Straße gestoß hatte, an zurückzukehren und ließ unter eigener Regie die Schloten rauchen und die Hämmer pochen. So hielt man die soziale und die revolutionäre Frage für gelöst.

Die italienische Fabrikrevolution der vierzehn Tage reizt unwillkürlich zum Vergleich. Sie ist in Methode und Ziel der Antipode der deutschen Novemberrevolution. In ihrem bis auf Unwesentlichkeiten gleichen Endeffekt dagegen können sich beide die Hand reichen. Sie sind beide gescheitert (gescheitert, nehmt alles nur in allem) an ihrer — Einseitigkeit! Bei uns die Verlegung fast der gesamten proletarischen Stokkraft auf die Eroberung der politischen Macht, auf den Sturz der zweiundzwanzigköpfigen Duodez-Verfälschung, die Verjagung von Oberpräsidenten und Nachtwächtern — dort, in Italien, die Verschwendung der revolutionären Kräfte auf nur wirtschaftliche Objekte, auf die Fabriken und Maschinen aller, auf die Tempelaustragung der Aktionäre und Generaldirektoren und die Einschränkung der revolutionären Frage zur unendlich kleineren, wie erachtet man die kommunistische Fabrik. Ein Schulbeispiel für die Wahrheit dialektischer Geschichtsbetrachtung: Nicht Theze, nicht Antithese ist an sich schon der Auftrieb der Geschichte; erst aus dem Zusammenwirken beider bleibt allein die Synthese als das dauerhafte und bleibende historische Stück nach aufwärts übrig.

Es war der Fluch unserer deutschen Revolution, daß die Frage der Beendigung des Krieges, die eine rein politische war, in den Vordergrund des ganzen umstürzlerischen Geschehens gerückt war.